

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse:
Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher:
Schneeberg 10.
Aue 25.
Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanns- georgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Nr. 267.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Abonnements monatlich 60 Pf. Preis: im Abonnement der Aue der 8 Pf. Postgebühren 12 Pf., best. für außerhalb 15 Pf., im Einzelnen der Aue der 5 Pf. Postgebühren 6 Pf., im Einzelnen der 2 Pf. Postgebühren 4 Pf.

Dienstag, den 17. November 1903.

Post-Beitragsscheit 2497.

Inseraten-Konten für die am Samstag erscheinende Nummer bis Sonntag 11 Uhr. Eine Zeile für die notwendige Aufnahme der Inserate bis zu den vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben. Ebenso wird für die Wichtigkeit telephonisch aufgegebenen Inseraten nicht garantiert. Ausdrückliche Rücksicht auf die Besondere Beachtung, für welche eingehender Besondere Rücksicht macht sich die Redaktion nicht verantwortlich.

56.

Jahrgang.

Da gegenwärtig angenommen werden darf, daß der Vorteil der **Kollaudimpfung** bei den Landwirten und den Tierärzten hinlänglich bekannt geworden ist und andererseits namentlich der Impfstoff in ausreichender Menge und für weitaus herabgesetzte Preise von den betreffenden Anstalten (Frenslower Kollaud-Impfanstalt, Obdörfcher Forstwerke und Landwärtiger Impfanstalt) direkt zu erhalten ist, die eine sichere sogar Entschädigung für Impferverlust gewährt sowie die Vermittlung des Impfstoffes durch die Spottkette der tierärztlichen Hochschule für viele Fälle zu umständlich erscheint, so hat das königl. Ministerium des Innern beschließen, die mit Verordnung vom 15. Juni 1899 zweifelhafte Uebernahme der Kosten der Beschaffung des Impfstoffes auf die Staatskasse wieder in Wegfall zu bringen.

Solches wird mit dem Fernen bekannt gemacht, daß hierdurch die Bekanntmachung der königl. Amtshauptmannschaft vom 8. Juli 1899 — Nr. 1071 V — soweit darin der Beschaffungskosten Erhebung getan wird, ihre Erhebung findet.

Königliche Amtshauptmannschaft Zwittau, am 10. November 1903.
Dr. Schnorr von Carolsfeld.

Kontursverfahren.

In dem Kontursverfahren über das Vermögen des Gasthofbesizers Franz Hugo Luckner in Neustädtel, Inhabers der Firma: „Deutsches Haus, Hugo Luckner“ daselbst, wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke — sowie über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses —

der **Schlusstermin**

auf den **11. Dezember 1903, Vormittags 10 Uhr**

vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte bestimmt.

Königliches Amtsgericht Schneeberg, den 14. November 1903.

Wochenchau.

Schneeberg, 15. November 1903.

Am Donnerstag ist der städtische Landtag mit einer von Sr. Majestät dem König versehenen Thronrede förmlich eröffnet worden. Die Ansprache, welche in letzterer gegeben wurde, eröffnet für unser volkswirtschaftliches Leben eine immerhin wieder etwas erhellendere Perspektive. Der den Ständen zugewandte Rat kann als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden. Wenn auch eine rationelle Schuldenentlastung noch nicht in Angriff genommen werden konnte und wenn auch diesmal noch zur Deckung des außerordentlichen Etats eine Anleihe (allerdings von geringerem Umfange) wird in Hilfe genommen werden müssen, so ist es dem Finanzminister doch gelungen, den ordentlichen Etat ohne sonderlichen Zwang ins Gleichgewicht zu bringen, ja er hat nicht nur die neu aufstrebenden drei Millionen Mark Wohnungsgeldzuschüsse zu decken vermocht, sondern auch noch zwei Millionen Mark für unproduktive Bauten, die früher als einwärtige Ausgaben in den außerordentlichen Etat genommen zu werden pflegten, im ordentlichen Etat untergebracht. Dieser begreift sich auf 333,84 Millionen Mark jährlich. Die Ausgaben für Volksschulen, Seminare und höhere Schulwesen, für Landbauwesen, für Heilanstalten und für Wohlfahrts-Einrichtungen der Staatsbahnen sind ganz bedeutend höher eingestellt als im Vor-Jahr. Der außerordentliche Etat hat, da viele zweite und dritte Raten und Nachpostulate früher bewilligter Bauten mit einzustellen waren, immer noch die Höhe von 39,9 Mill. Mk. erreicht, wovon jedoch nur 4,9 Mill. Mk. für Verstellungen an den bereits bestehenden Eisenbahnen neu eingestellt sind. Der vorige außerordentliche Etat belief sich noch auf 70,2 Mill. Mk. bei 34,4 Mill. Mk. Reueinstellungen. Die Stände werden an diesem Etat schwerlich viel Anträge vornehmen können. Die einzelnen Vorlagen, deren die Thronrede noch gedacht, der Abwägungsplan für die Freiberger Erbergwerke, der Gegenwärtig betreffend das Gemeindefinanzwesen, der tief in unser kommunales Leben eingreifende dritte, sowie der Gegenwärtig betreffend die ärztlichen Bezirksvereine werden erst nach ihrem Erscheinen zu besprechen sein. An letzter Stelle kommt die Thronrede auf die Wahlrechtsfrage. Sie bestätigt die Tatsache, daß die Beratungen über eine Umgestaltung des Wahlrechts bereits nach Schluß des letzten Landtages, also durchaus unabhängig von dem Ergebnis der diesjährigen Reichstagswahlen begonnen haben, sie bestätigt aber auch ferner, daß die Regierung den Ständen zunächst keinen Gegenwärtig, sondern nur eine Denkschrift vorlegen beabsichtigt, das heißt, daß sie die Frage, wer in der Wahlrechtsreform die Führung übernehmen soll, die Regierung oder die Stände, zunächst noch offen läßt.

Als am letzten Sonntag die telegraphische Meldung kam, daß der Kaiser sich einer Operation im Halse unterzogen habe, fand diese Nachricht, obwohl sie von den tröstlichsten Berichten umgeben der Menge begleitet wurde, so rasche Verbreitung von Mund zu Mund, daß sofort sichtbar wurde, welche besorgte Teilnahme sich allenthalben für das Befinden des Monarchen zeigte. Glücklicherweise kam von kompetenter Seite auch alsbald die unabweisliche Versicherung, daß die Operation, die der Kaiser leidet, nur zur Abhilfe eines unbedeutenden, selbstverursachten Folgen nach sich ziehenden Leidens gedient hat. Die Gerüchte, die von den ärztlichen Autoritäten abgelehnt wurden, stehen uns noch dem ersten Schrecken, den die überraschende Nachricht verursachte, und nach den anfänglichen Freizeiten, die in vieler Herzen regten, eilend aufzutreten. Aus vollen

Herzen wünschen wir dem Kaiser Gelingen und baldige Wiedererlangung seiner dem Reiche segensreichen Vollkraft; möge ihm von dem Hainen Leben, das ihn befallen hat, nur die freundliche Erinnerung bleiben an die Berechtigung und teilnahmsvolle Liebe, mit welcher das deutsche Volk auf ihn blickt.

Das Ergebnis der im Laufe der Woche stattgefundenen preussischen Landtagswahlen ändert an der bisherigen Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses sehr wenig. Nur bei den Mittelparteien kommen einige Veränderungen vor. Die Konservativen und die Zentrumspartei behaupten im wesentlichen ihren großen, die freisinnige Volkspartei ihren kleinen Besitzstand. Die Konservativen haben auch in dem neuen Abgeordnetenhaus nicht für sich allein die Majorität, wohl aber sind sie in Vereinigung mit der Zentrumspartei nach wie vor imstande, ihren Willen parlamentarisch zu Geltung zu bringen. In dieser Hinsicht bietet der Wahlausfall durchaus nichts Ueberraschendes. In einzelnen Städten erschien der alte Besitzstand der Parteien gestört, weil die Sozialdemokratie zum ersten Male mit ihrem mobilisierten Massen auf te: Wahlkraft der Kämpfe um die Landtagswahlen war die Spannung eine allgemeine, wie sie bei dieser neuesten Machtprobe mit dem Bürgerturn abschneiden würden. Ihre Presse zeigte sich sehr zuversichtlich. Man durfte tatsächlich erwarten, daß die Sozialdemokratie wenigstens in einzelnen Wahlkreisen der Industriezentren einen der ihrigen als Sieger würde bezüchten können. Der Wahlausfall hat nicht einmal diese Annahme legitimiert. Man wird nicht ohne eine gewisse Ueberraschung vernommen haben, daß die Sozialdemokratie bei den preussischen Landtagswahlen vollkommen ausgefallen ist. Das Bürgerturn, welches in den letzten oberen Klassen der Wähler den Ausschlag gibt, hat sie einmütig abgelehnt. Damit ist die Probe auf das Exempel gegeben, daß das Dreiklassen-Wahlrecht einen unübersteiglichen Wall gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen bildet. Alles in allem bleibt die Lage im preussischen Abgeordnetenhause die alte. Die Staatsregierung kann sich wieder auf einen festen Pol stützen, da dem Regierungskurs klare Bahnen vorgezeichnet sind.

In Ungarn ist der Kampf zwischen der Regierung des Grafen Tisza und der parlamentarischen Opposition bereits aufs heftigste entbrannt. Obwohl Franz Kossuth, der Führer der Unabhängigkeitspartei, die Opposition in einer öffentlichen Rundgebung selbst als ausföhrlos verurteilt hatte — eine Rundgebung, an die man vielfach bereits langanhaltende Hoffnungen hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit des ungarischen Abgeordnetenhauses geknüpft hatte — wählte er schließlich dem Drängen des radikalen Flügels der Partei nachzugeben und unter dem Vorwande, daß das Programm des Kabinetts Tisza die Opposition nicht befriedige, der Opposition gegen dieses fre: Votum lassen. Als nun Graf Tisza am Donnerstag die Rat: unter Vorlage, die neben dem Budget und dem Ausgleich mit Oesterreich zu den sogenannten Staatsnotwendigkeiten gehört, einbrachte und wegen der besonderen Dringlichkeit die es Gegenwärtig beantragte, daß derselbe schon am Freitag zur Beratung kommen sollte, setzte die Opposition mit aller Macht ein. Sie erreichte zwar, daß die Sitzung des Hauses sich erst in die Länge zog, konnte es jedoch nicht verhindern, daß der Antrag der Regierung zum Beschluß erhoben wurde. Man geht in der Annahme kaum fehl, daß dieser Erfolg der Regierung, soweit man von einem solchen sprechen kann, abgesehen von dem mannhaften Auftreten des Grafen Tisza selbst, zu einem wesentlichen Teile auf die unerschütterliche Haltung des ungarischen Abgeordnetenspräsidenten Baron von Vercsei zurückzuführen ist. Tatsächlich richteten sich die Angriffe der Opposition vielfach

gegen den besten Hindenburg der Geschäftsordnung. Der Verlauf dieser Sitzung kann als ein gutes Vorzeichen für das Ministerium Tisza betrachtet werden. Jedenfalls ist durch denselben erwiesen, daß die Opposition auch mit den vorhandenen Mitteln der Geschäftsordnung zu überwinden ist, wenn eine selbstbewusste und unerschrockene Regierung von einer großen Mehrheit ehrlich unterstützt und wenn deren einheitliches Vorgehen nicht durch die Ränke eines die Opposition begünstigenden Kammerpräsidenten durchkreuzt wird.

Bedenkliche Ereignisse der Volkskammer hat der in den letzten Jahren so schwer heimgesuchte spanische Staat wieder auf sich nehmen müssen. Bei den soeben abgehaltenen Gemeindewahlen kam es in mehreren Orten zu einem offenen Kampf zwischen den Organen der Regierung und den Arbeitermassen, der mehrfach besonders in Santander, eine völlige Lösung der Ordnung und rohe Gewalttätigkeit im Gefolge hatte. Auch der von den Bergarbeitern in Rio Tinto neu entsandte Ausschuss ist von argen Ausschreitungen begleitet gewesen, welche beweisen, wie tief der revolutionäre Geist wieder in den Volkskörper gedrungen ist.

Der neue Staat Panama hat bisher seine Selbstständigkeit behauptet, wenn es auch immer deutlicher zutage tritt, daß der sich nehmende Geist der nordamerikanischen Union entstammt. Präsident Roosevelt hat ihm seine besondere Gunst zugesagt, natürlich im Interesse des Weltfriedens und Welthandels. Der dagegen in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota laut werdende Unwille des spanischen Kreolenstums zog zunächst die Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt nach sich. Doch scheint die kolumbianische Regierung der erregten öffentlichen Meinung in ganz Südamerika so weit Rechnung tragen zu wollen, daß sie einseitigen erhebliche Streitkräfte nach Panama zu in Bewegung gesetzt hat, was freilich wenig an den vollendeten Tatsachen ändern dürfte.

Aus Ostasien ist in den letzten Tagen eine Reihe von Nachrichten eingelaufen, welche die Lage daselbst als sehr bedrohlich erscheinen lassen könnten, wenn sich nicht gerade die allarmierendsten derselben von vorseher als englische Tentativleistungen kennzeichnen. Wenn sich beispielsweise Londoner Blätter aus Schanghai, der Hauptbest für englische Ligenberichte, plötzlich melden lassen: der Große Rat in Peking habe sämtliche Botschafter und Gouverneure telegraphisch aufgefordert, Geld aufzubringen und Truppen anzuwerben, da der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Russland bevorstehe, oder: Jaankow hat die chinesische Regierung davon benachrichtigt, daß er 45 000 Mann habe, die in Bereitschaft ständen, die Mandchurien zu besetzen, so kann man sich nur darüber wundern, daß solche Meldungen von ernsthaften Wärttern weiter verbreitet werden. Es scheint, daß die Engländer den Schauplatz ihrer Sensationsnachrichten neuerdings von Japan nach China verlegt haben, und zwar deshalb, weil der japanische Delegationen dank der tüchtigen japanischen Gesandtschaft in London sehr prompt arbeitete, während sie solches von China nicht zu beschaffen haben. Hierbei ist jedoch das Eine festzuhalten, daß nämlich die Gefahr in Ostasien zunächst nicht von China, sondern von Japan droht. Hier macht sich nun allerdings unter der durch die russenfeindliche Agitation aufgeweckten Bevölkerung, wie selbst die russischen offiziellen Organe zugeben, eine te: entliche Kriegsstimmung geltend. Dagegen ist die Regierung des Reichs unablässig bemüht, auf das Volk beruhigend einzuwirken, während sie gleichzeitig auf diplomatischem Wege von Russland die Anerkennung ihrer Forderungen zu erreichen sucht. Wie lange sie dem Drängen des Volkes wird widerstehen können, zumal wenn Russland sich auch weiterhin einen Konjess: abgeneigt erweist, ist eine andere Frage. Zunächst ist

Holzversteigerung auf Eibenstocker Staatsforstrevier.

Im Grüner's Hotel in Schönheiderhammer

Dienstag, den 24. November 1903, von mittags 1 Uhr an

5227	lichtes	Röhler,	7-15	cm	stark,	} 3, und 4 m lang,
1335	"	"	16-22	"	"	
287	"	"	23-48	"	"	
20	"	Derbstangen,	9-11	"	"	9 " 10 "
30	"	Reisstangen,	7	"	"	7 " "
364	im	Brennhölzer,				
304	"	Stübe,				

gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Die unterzeichnete Revierverwaltung erteilt über obige Hölzer nähere Auskunft.

Eibenstock, den 14. November 1903.

Rgl. Forstrevierverwaltung.
Dach.

Rgl. Forstrentamt.
Gerlach.